

Wilsdruffer Tageblatt

**Wochenblatt für Wilsdruff
und Umgegend.**

Erstheft seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt

für die **Amthauptmannschaft Meißen**, für das **Amtsgericht** und den **Stadtrat zu Wilsdruff**
sowie für das **Forstrentamt zu Tharandt.** Postk.-Konto: Leipzig Nr. 28614

Nr. 224

Sonnabend den 27. September 1919

78. Jahrg.

Amthlicher Teil.

Kartoffelverkauf Sonnabend den 27. September, rosart Waren- bezugschein Nr. 18 je 7 Pfund, das Pfund 12 Pfg.
Wilsdruff, am 26. September 1919.
Der Stadtrat — Kriegswirtschaftsabteilung.

Kesselsdorf.

Die bestellten Lagerdecken können im Gemeindeamt abgeholt werden.
Kesselsdorf, am 26. September 1919. Der Gemeindevorstand.

Keine Beteiligung der Unabhängigen. — Verhandlungen mit den Demokraten.

Kleine Zeitung für eilige Leser.
Die gesamte Gummibelagnahme ist durch Verfügung des Reichswirtschaftsministers aufgehoben worden.
Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung hat an die französische Kammerfraktion die Bitte gerichtet, sich für schnellste Deimbefreiung unserer Kriegsgefangenen einzusetzen.
Der Verein deutscher Zeitungsvorleger protestiert in einer Adresse an Erzberger gegen die geplante Ankersteuer.
Der Kaleswalsche Kreis Ebernforde ist wegen eines gesundheitlichen Landarbeiterstreiks militärisch besetzt worden.
Die Wiedereröffnung der deutsch-polnischen Verhandlungen in Berlin steht bevor.
Wolfsch den allierten Mächten ist in Paris das Abkommen unterzeichnet worden, das den Verkauf von Waffen aus Rumänien verbietet.
Die Bolschewisten sind von Denkin, der mit 500 000 Mann armiert, erneut gefolgt worden.

Der Winter unseres Mißvergnügens.
Seit einiger Zeit waren die Kommunisten still; so sah man zuweilen ihre Erklärung vermag. Jedoch ist aus eigenem Antrieb hatten sie sich ins Schwelgende zurückgezogen. Die Reichswehr ist ihnen zu distanzlos. Die Fugen sind zu dicht, sie finden keinen Einbruch. Die mehrheitssozialistische Arbeiter haben sich allmählich dem Terror der Aufwiegler in den Betrieben entzogen und auch die Arbeiter der Unabhängigen haben zum großen Teil einzugehen, daß das planvolle Vorgehen auf Erden, das Spartakus verkörpert, nicht durch die Diktatur des Proletariats, sondern auf dem nächsten Weg der Arbeit zu erreichen ist. Alles, was für sie vorher als Kampfmittel betrachtet wurde, ist ja erungen: Deutschland ist parlamentarisch regiert und hat das freieste und gesündeste Wahlrecht. Wirtschaftlich allerdings liegt es krank vor. Die mehrheitssozialistische Arbeiter haben sich allmählich dem Terror der Aufwiegler in den Betrieben entzogen und auch die Arbeiter der Unabhängigen haben zum großen Teil einzugehen, daß das planvolle Vorgehen auf Erden, das Spartakus verkörpert, nicht durch die Diktatur des Proletariats, sondern auf dem nächsten Weg der Arbeit zu erreichen ist. Alles, was für sie vorher als Kampfmittel betrachtet wurde, ist ja erungen: Deutschland ist parlamentarisch regiert und hat das freieste und gesündeste Wahlrecht. Wirtschaftlich allerdings liegt es krank vor.

Vom Tage.
Der Abbé Wetterlé unzeitigen Angedenkens ist nachdenklich geworden. Er veröffentlicht in der letzten Ausgabe seiner in Straßburg erscheinenden Zeitung „Der freie Rhein“ eine Nachschrift, mit der die Forderungen der esch-lothringischen Eisenbahner versehen waren, und die von der französischen Junta zunächst unterdrückt wurde. Es heißt darin: „Bei uns funktioniert nichts mehr, und man beschimpft uns, wenn wir deutsch sprechen. Man verweigert uns jede Verkehrserleichterung, man spioniert uns aus, man drangsaliert uns. Unter der deutschen Herrschaft waren wir viel glücklicher. Wir haben es jetzt satt, und wenn es so weiter geht, werden viele von uns nach Deutschland auswandern.“ Hoffentlich wird sich unter diesen vielen nicht Herr Wetterlé selbst befinden. Wir sind bestroh, daß wir ihn losgeworden sind, und tragen nicht das geringste Verlangen, die Bekanntschaft mit ihm zu erneuern.

Streikfieber überrollt.
Verhinderung der Lage in Berlin.
Die Lage in der Berliner Metallindustrie hat sich erheblich verschlechtert. Der Streik dehnt sich aus. Nach einer Mitteilung des deutschen Metallarbeiter-Verbandes hat sich die Zahl der streikenden Betriebe, deren Belegschaften sich am Kampf beteiligen wollen, auf 90, die Zahl der im Streik befindlichen Firmen auf 90 erhöht. Im Auslande befinden sich 18 000, ausgesetzt sind 80 000 Arbeiter. Die Deiser der

Slowakei zusammenschließend organisieren und innerhalb der Organisation eine streng geheime politische Gruppe bilden. Diese Gruppe soll die Exekutivgruppe sein. Sie sorgt für die Befreiung unliebsamer politischer Personen, die von demjenigen, den das Los trifft, binnen 24 Stunden in die Unterwelt gefandt werden müssen.
Das zweite Dokument ist eine Geheimnote, die bei dem in Basing bei München verhafteten Kommunisten Heide gefunden wurde und einen regelrechten Umsturzplan für München enthält. Es wird dort genau ausgeführt, wie man die Reichswehr gegen Morgen bei Hellwerden in den Kasernen angreifen und im Schlaf ausheben soll. Offiziere, die von ihrer Wohnung zur Truppe eilen, sollen ohne Anruf niedergeschossen werden! Für jede Kaserne ist ein besonderer Plan ausgearbeitet; auch Flammwerfer sind dabei zu verwenden. Kein Mensch darf die Kasernen lebend verlassen, die Soldaten sind gefangen-zunehmen und menschlich zu behandeln. Zugleich mit dem Sturm auf die Kasernen sind alle öffentlichen Gebäude, Straßenzugänge und Plätze zu besetzen. Wer Widerstand leistet, wird erschossen, ebenso jeder bewaffnete Zivilist, der nicht zur roten Armee gehört. Mit dem Beginn des Umsturzes soll auch der Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverkehr lahmgelegt werden. Auch die umliegenden Dörfer Münchens, in denen sich Reichswehrtruppen befinden, sollen genommen werden. — Gerade München, das die Schrecken einer Räteregierung genügend durchlitten hat (deren Abscheulichkeiten hat ja eben erst der Geiselmordprozess erbarmungslos aufgedeckt), soll von neuem mit der Diktatur des Proletariats zwangsweise beglückt werden.
Die Sicherheit der Dokumente ist kaum zu bezweifeln, es fragt sich nur, wie groß oder wie klein die Zahl der Entschlossenen ist, die hinter ihnen stehen, und über welche Nachmittel sie verfügen. Es wäre verkehrt, nun in hysterischem Entsetzen die kommunistische Gefahr, die man zum größten Teil bei uns in Deutschland für gebannt halten konnte, anglotzen zu übersehen, andererseits sind solche Dokumente eine Mahnung, sich nicht einschließen zu lassen. Uns steht ein Winter bevor, der aller Voraussicht nach viel Not und schwer Erträgliches bringen wird. Durch Furcht und Streik ausgebeuteter Arbeiter werden Not und Elend noch wachsen. Schon darum muß man wachsam bleiben und dafür sorgen, daß den Gewaltpolitikern ihre Waffen, die materiellen und die moralischen, aus den Händen entwunden werden.

Im Prager Stadtratskollegium wurde dieser Tage der deutsche Stadtratsrat Dr. Estlein, als er sich der deutschen Sprache bediente, unter tosendem Raus niedergeschrien. Der tschechische Sozialdemokrat Rosel, der für alle Nationen im tschechischen Staat den Gebrauch ihrer Muttersprache verlangte, wurde ebenfalls schwer beschimpft. — Der weiche Vater jenseits des großen Wassers, der Tauspater der Tschechen, nennt das „Schutz der nationalen Minderheiten.“

Siemenswerke drohen mit Arbeitsniederlegung. Wenn sie in großer Mehrheit aus den Betrieben gehen, so werden die Siemens-Werke vollständig brachgelegt, und über 80 000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigungslos.

Keine Auslandschiffe nach Bremen.
Die Bremer Zeitungen berichten, ist nach Rotterdam die Befreiung gegeben worden, wegen des Streiks in Bremen vorläufig keine Schiffe nach Bremen zu leiten und die nach Bremen unterwegs befindlichen Schiffe nach anderen Häfen fahren zu lassen. Ein für Bremen bestimmt gewesener größerer Baumwolldampfer von etwa 11 000 Tonnen ist bereits in Rotterdam festgehalten und wird dort entlastet. Aus Cuxhaven wird gemeldet, daß der gesamte Fischdampferverkehr infolge des Ausstandes ruht.

England und Amerika.
Die Mitteilung der gemäßigten Führer der Eisenbahner, daß ein allgemeiner Eisenbahnstreik in England droht, ist wie ein Blitz aus heiterem Himmel gekommen. Der Streik ist auf die Unzufriedenheit der Eisenbahnarbeiter wegen der Nichterfüllung der Richtlinien zurückzuführen.
Über den großen Streik in Amerika verlautet, daß bisher 70 000 Mann streiken und der Ausstand sich ausbreitet. „News van den Dag“ melden aus Washington, daß der Vorsitzende der Versammlung der Eisenbahner den Senat gewarnt hat, jeder Versuch, den Eisenbahner den Ausstand zu verbieten, werde die Revolution zur Folge haben.

Landarbeiterausstand in Schleswig.
Der Landarbeiterausstand im Kreise Ebernforde greift weiter um sich. 42 Güter und Öbde sind bisher betroffen. Der Hauptvorstand des Deutschen Landarbeiterverbandes Damburg mißbilligt den Streik und fordert zu sofortiger Wiedereröffnung der Arbeit auf. Die Arbeiterkassette der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke der Stadt Rendsburg ist wegen Lohnforderungen in den Ausstand getreten. Die Stadt ist ohne Gas und Licht. In den Kreis Ebernforde ist zum Schutze der Arbeitwilligen Militär entsandt worden.

Die Untersuchung der Januar-Unruhen.
Kommunistische Hauptquartiere in Berlin.
Der Untersuchungsausschuss der Preussischen Landesversammlung vernahm den Konrad Simon und Frau, die belundeten, am 4. Januar gesehen zu haben, wie von einem Zuge der Spartakisten aus vor dem Kaiserhof auf den unbewaffneten Demonstrationszug der Reichswehrgenossen Granaten geworfen wurden. Dann wurde eine Reihe der früheren Führer der Volksmarinedivision vernommen, die früheren Kommandanten Radtke, Junge, Halbes und Hildebrandt. Aus ihren Aussagen ergab sich, daß am 12. Dezember auf Betreiben Dorenbachs die Volksmarinedivision beschlossen hat, für den Fall, daß die Regierung Ebert-Saake auseinanderfiel, geschlossen mit Waffenmacht auf die Seite Saafs zu treten. Dieser Beschluß ist in das Protokoll der Sitzung vom 12. Dezember nicht aufgenommen, sondern streng geheimgehalten worden. Die Teilnahme der Volksbeauftragten am 23. Dezember hat Dorenbach auf eigene Faust unternommen. Er erhielt dabei 200 Mann Verletzungen aus dem Polizeipräsidentium. Wiederholt vernommen wurde der Zeuge Erich Brink, der nach der Revolution zuerst Kommandant der tschechischen Sicherheitswehr war. Er ergänzte seine früheren Aussagen dahin, daß schon am 8. und 7. Dezember vom Polizeipräsidenten aus durch Wabel Waffen an die Schwerkochigen Arbeiter ausgeteilt worden sind. Durch den Matrosen Gehren sind dann beim Polizeipräsidenten wiederholt große Mengen Waffen aus allen möglichen Waffenfabriken geholt und an die

Russische Telegraphen-Agentur
und andere kommunistische Hauptquartiere zur Verteilung an ihre Anhänger geliefert worden. Nach der Befreiung von Brink sind, da man ihm bei der Verurteilung kein Kassette abgenommen hatte, weitere umfangreiche Waffenbestellungen unter seinem Namen erfolgt. Endlich vernahm der Untersuchungsausschuss den Bischofswedel von Tschfa, der entgegen den Angaben der Verteidigung im Lebedourprozess mit großem Nachdruck erklärte, daß er niemals den Auftrag gehabt hätte, Lebedour oder Meyer oder sonst jemand zu erorden, und daß er niemals von dem damaligen Stadt-Kommandanten Leunant Fischer Geld bekommen habe außer der ihm und seinen Leuten ausstehenden Gehaltsumme von 15 Mark den Tag. Der Zeuge bestritt auch entschieden, den Rechtsanwältinnen Rosenfeld und Liebnecht jemals andere Angaben gemacht zu haben. Auf die Frage, ob er von Rechtsanwältin Rosenfeld größere Geldsummen im Hinblick auf den Lebedourprozess erhalten habe, verweigerte er die Aussage. Die ferner geladenen Zeugen Dr. Kurt Rosenfeld, Adolf Hoffmann und Emil Gidborn waren